

Nr. 473D

23.04.2015

BOFAXE



## Auf den "Sturm der Entschlossenheit" folgt die „Wiederherstellung der Hoffnung“:

### Jemen zwischen Demokratie und Effektivität

#### Autor / Nachfragen

##### Katrin Fenrich

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am IFHV, Ruhr-Universität Bochum

##### Nachfragen:

Katrin.Fenrich@rub.de

#### Webseite

<http://www.ifhv.de>

#### Fokus

Die Militäroffensive im Jemen auf Bitten des Exilpräsidenten Hadis wirft die Frage nach den Kriterien zur Beurteilung einer legitimen Regierung im Kontext der Intervention auf Einladung auf.

##### Sources:

Stefan Talmon, „Who is a legitimate government in exile? Towards normative criteria for governmental legitimacy in international law“ in Guy Goodwin-Gill/Stefan Talmon (eds.), „The Reality of International Law. Essays in Honour of Ian Brownlie“, 1999

Georg Nolte, Intervention auf Einladung, 1999

In der Nacht zum 22. April verkündete Abd Rabbo Mansur Hadi das Ende der Militäroffensive „Sturm der Entschlossenheit“. Laut eigenen Angaben flogen die Verbündeten unter der Führung Saudi-Arabiens 2.000 Angriffe. Die Operation forderte über 1.000 zivile Opfer. Die auf Bitten Hadis formierte Allianz aus zehn Staaten agierte, um den Zusammenbruch des Jemen und die Machtübernahme durch die Huthi-Rebellen zu verhindern.

Die Intervention auf Einladung ist ein dem Völkerrecht seit Jahrhunderten bekanntes Phänomen. Bereits zu Zeiten der Heiligen Allianz war die militärische Nachbarschaftshilfe auf Zuruf ein geläufiges Szenario zur Bekämpfung von Unruhen. Mit der Gründung der Vereinten Nationen hielt das Gewaltverbot (Art. 2 IV UN Charta) Einzug in die juristische Weltordnung. Die Notwendigkeit der Rechtfertigung von staatlichen Souveränitätsverletzungen tauchte die Zustimmung seitens der Regierung rechtlich in ein neues Licht. Prominente, obgleich nicht unumstrittene Beispiele der Intervention auf Einladung waren das französische Eingreifen im Chad 1978, 1990 und 2006, die Operation der US-Amerikaner in Grenada 1983 oder auch das kollektive Intervenieren der Afrikanischen Union im Sudan 2004-2007.

Die Frage, ob der Ruf Hadis nach einer Koalition zum Zwecke der Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung als Rechtfertigung für die multinationale Operation „Sturm der Entschlossenheit“ ausreicht, richtet sich nach dem Grad seiner Legitimität als Staatsoberhaupt. Lange Zeit galt das Effektivitätsmerkmal als alleiniges Kriterium zur Feststellung der rechtmäßigen politischen Führung eines Staates. In den vergangenen Jahrzehnten rückten jedoch vermehrt demokratische Grundsätze in das Zentrum der Betrachtung.

Wie der Fall Hadi belegt, erweist sich für die Konstellationen der Exilregierung keine der beiden Ansichten als besonders hilfreich: weder die vertriebene, noch die „Regierung“ in situ vereinen sowohl die Merkmale der Effektivität als auch demokratische Legitimität. Abd Raboo Mansur Hadi wurde 2012 als Nachfolger des langjährigen Machthabers Ali Abdullah Salih ins Amt gewählt. Zwar trat er als einziger Präsidentschaftskandidat die Wahl an, dennoch erreichte er ein überwältigendes Wahlergebnis von 99,8 %. Der gewählte Präsident legte Ende Januar 2015 nach dem bereits erfolgten Rücktritt seiner Regierung das Amt nieder, entschied sich jedoch Anfang Februar dazu, seinen Rücktritt zu widerrufen. Auch der UN-Sicherheitsrat bezeichnet Hadi als einzig legitimes Staatsoberhaupt. Aus demokratischer Sicht wäre Hadi, ungeachtet einiger Ungereimtheiten, der rechtmäßige Vertreter des jemenitischen Volkes. Spätestens seit seiner Flucht im März von Aden (Süd-Jemen) ins Exil nach Saudi-Arabien, übt er jedoch keinerlei effektive Kontrolle mehr aus. Die schiitischen Huthi-Rebellen andererseits befinden sich in großen Teilen des Landes auf dem Vormarsch. Allerdings mangelt es der heterogenen Gruppe bislang noch an einem geeigneten politischen Anführer, der willens und in der Lage ist, Jemen zu regieren.

Solange sich auf Seiten der Rebellen keine Führungspersönlichkeit herauskristallisiert, welche das Amt des Staatsoberhauptes für sich beansprucht, könnte Hadi mittels einer Einladung auch die nun geplante Operation „Restoring Hope“ rechtfertigen und den militärischen Angriff Saudi-Arabiens in eine legale Intervention auf Einladung verwandeln.

#### Verantwortung

Die BOFAXE werden vom Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum herausgegeben: IFHV, NA 02/33, Ruhr-Universität Bochum, 44780 Bochum, Tel.: +49 (0)234/32-27366, Fax: +49 (0)234/32-14208, Web: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/ifhv/>. Die BOFAXE werden vom Deutschen Roten Kreuz unterstützt. Bei Interesse am Bezug der BOFAXE wenden Sie sich bitte an: [ifhv-publications@rub.de](mailto:ifhv-publications@rub.de).

**Für den Inhalt ist der jeweilige Verfasser allein verantwortlich.**